

Entschließungsantrag

der Bundesrät*innen Korinna Schumann, Andrea Kahofe,
Genossinnen und Genossen

Betreffend Dauerhafte Finanzierung des VKI

eingebracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 16. November 2021 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Gewährung eines Bundeszuschusses an das Bundesland Niederösterreich aus Anlass des 100-jährigen Bestehens als eigenständiges Bundesland und ein Bundesgesetz über die Finanzierung des Vereins für Konsumenteninformation im Jahr 2022 erlassen sowie die Exekutionsordnung, das Bundesgesetz, mit dem Verstöße gegen bestimmte einstweilige Verfügungen zum Schutz vor Gewalt und zum Schutz vor Eingriffen in die Privatsphäre zu Verwaltungsumvertretungen erklärt werden, das Gebührenanspruchsgesetz, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Umweltförderungsgesetz, das Schülerbeihilfengesetz 1983, das FTE-Nationalstiftungsgesetz, das Bundesmuseen-Gesetz 2002 und das Bundestheaterorganisationsgesetz geändert werden (Budgetbegleitgesetz 2022) (1102 d.B. und 1154 d.B.)

betreffend dauerhafte Finanzierung des VKI

Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) ist seit 1961 die entscheidende Verbraucherorganisation Österreichs und vertritt die Interessen von Konsumentinnen und Konsumenten. Dabei finanziert der VKI seine Arbeit laut eigenen Angaben zu 75 Prozent selbst. Die restliche Finanzierung setzt sich aus den Beitragszahlungen der Bundesarbeiterkammer sowie durch die Basissubvention des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz zusammen und ergeben so das Gesamtbudget.

Seit Jahren wird die dauerhafte Finanzierung des VKI gefordert, um langfristig diese für Konsument*innen wichtige Institution abzusichern. Schon im Jahr 2020 und 2021 war das Budget immer nur für ein Jahr gewährleistet, was zu bedeutender Unsicherheit vor allem auch für die Beschäftigten führte. Aufgrund der Wichtigkeit der Organisation wäre es jetzt notwendig, endlich die dauerhafte Finanzierung des VKI zu gewährleisten.

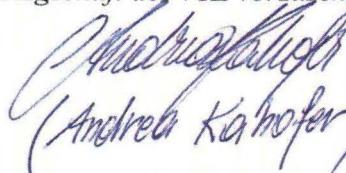
Daher stellen die unterfertigten BundesrätInnen folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird aufgefordert, eine dauerhafte Finanzierung des VKI im Sinn der KonsumentInnen und der Belegschaft des VKI vorzuschlagen und sicherzustellen.“


(SCHUMANN)


(Andrea Kahofe)


(GRIMMLING)

